

Den Staat teilen – eine Gratwanderung zwischen autoritärem Wahnsinn und demokratischer Vernunft

Policy Paper 5 /2014

Vedran Dzihic

Dr. Vedran Dzihic ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am oiiip für die thematischen Schwerpunkte Westbalkan, EU-Erweiterung und Demokratisierung und Vortragender am Institut für Politikwissenschaften der Universität Wien.

Zusammenfassung:

Der Artikel geht der Frage nach, welche negativen Energien durch Prozesse der staatlichen Aufsplitterung freigesetzt werden. An rezenten Beispielen aus der Ukraine, dem Nahen Osten und Ex-Jugoslawien wird der Widerspruch zwischen einer von Außen und von Innen initiierten Demokratisierung einerseits oder eben einem Scheitern der Bemühungen um Demokratie und starken autoritären Mustern andererseits diskutiert.

Keywords:

Staatlichkeit, Konflikte, Ukraine, Bosnien, Europa

Die staatliche Arena – eine Kurzbesichtigung

Wenn man – so wie Foucault es getan hat – den alten Clausewitz-Satz über den Krieg auf die Politik umlegt und diese als bloße Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln deutet, dann ist wohl auch jedes von Politik durchdrungene Staatswesen als eine Arena des Kampfes um Macht zu verstehen. Da wird um Dominanz und Herrschaft gerungen, der politische Gegner mit allen Tricks bekämpft, das partikulare Interesse oft dem allgemeinen vorgelagert. In einer demokratischen Lesart des Staates hingegen steht die Rationalität als Erbe der Aufklärung im Vordergrund: Offene, vernunftbasierte Debatten, der Streit der Argumente der Bürger als Subjekte des Staates, das Ringen um Konsens – stets geht es dabei um offene Prozesse der alltäglichen und durchaus ergebnisoffenen Neuverhandlung des Demokratischen.

Nun, beide Lesarten des Staates schließen einander nicht aus. Das machtbbasierte politische Denken und Handeln muss sich stets argumentativ begründen und darf nicht fernab jeglicher vernunftbasierten Rationalität agieren, will es sich nicht dem Vorwurf des Autoritarismus aussetzen, in dem die Vernunft jederzeit durch Brachialgewalt und Repression der dazugehörigen Apparate hegemonial außer Kraft gesetzt werden kann. Die demokratische Vernunft wiederum, verkörpert in einem ethischen und logischen System, in dem stets eine Öffentlichkeit der Debatten, Gesetze und Regelungen gewährleistet ist, kommt ohne Macht nicht aus. In Zeiten der postdemokratischen Verhältnisse ist hier die Macht nicht nur jene, die sich in der Kraft oder der Rationalität des besseren Arguments erschöpft, sondern auch jene Macht der politischen Netzwerke, der partikularen Interessen der Eliten oder des ökonomischen Kapitals.

Wenn auch die beiden Lesarten – oder vielleicht besser gesagt die beiden Auffassungen des Staatlichen – sich vermengen, bestimmt das Mehr oder das Weniger der einen oder der anderen auch jene Frage, die uns zentral interessiert: Was bedeutet es, einen Staat zu teilen? Teilen im Sinne des Zerstückelns und Aufteilens, bis hin zu einer staatlichen Atomisierung, in der die Souveränität für die eigene nationale Gruppe „uns“ zum Fetisch verkommt, dem alles untergeordnet wird? Oder das Teilen im Sinne der gemeinsamen intrinsischen Arbeit an einem besseren, einem gerechter geteilten, demokratischen Gemeinwesen für alle?

Skizzen aus der Wüste der Staatlichkeit

Mit diesen Fragen können wir einen Schwenk von den theoretischen Debatten über den Charakter des Staates hin zur realpolitischen Arena der Jetztzeit vollziehen. Und sind damit mitten in all jenen Brüchen und schmerzhaften Prozessen, die die Geschichte – nach deren vermeintli-

chen Ende im Jahr 1989 – bestimmen und neu schreiben. Die meisten Prozesse des staatlichen Teilens in den Jahren seit 1989 sind bestimmt vom Widerspruch zwischen einer von Außen und von Innen initiierten Demokratisierung einerseits oder eben einem Scheitern der Bemühungen um Demokratie und starken autoritären Mustern andererseits.

Da sind einmal die jugoslawischen Staatszerfallskriege, in denen aus einem Staat sieben neue entstanden sind. Bosnien-Herzegowina ist in Folge des Krieges der Jahre 1992-1995 noch immer eine tief geteilte Gesellschaft, in der die staatliche Funktionalität am Altar des Ethnonationalismus geopfert wird. Zu den paradigmatischen Widersprüchen des bosnischen Gemeinwesens komme ich später etwas ausführlicher. In Mazedonien und im Kosovo wird die formale Souveränität des Staates, die als Ergebnis der kriegerischen Auseinandersetzungen zustande kam, von zumindest einer Volksgruppe im Staat radikal in Frage gestellt. Unzufriedenheit eines Teils der Bevölkerung mit dem Staat kann sich jederzeit gewalttätig entladen. Das haben nicht zuletzt die sozialen Proteste in Bosnien im Februar 2014 oder jene Auseinandersetzungen auf der Straße zwischen slawischen und albanischen Mazedoniern im Juli 2014 gezeigt. In all diesen Fällen gilt die Gleichung: Je geringer der Erfolg der demokratischen Transition in den letzten zwei Jahrzehnten war, desto instabiler scheinen diese südosteuropäischen Staaten zu sein. Und mit der Instabilität kommt immer ein neuer Autoritarismus zur Geltung.

Südosteuropa ist eine Arena der Kämpfe zwischen demokratischer, vernunftgeleiteter Gesellschaftsform und der machtbasierter autoritären Form von Herrschaft. Der Nahe Osten ist eine andere Region wiederkehrender Gewalt. Heute lösen sich in Syrien oder im Irak die alten Formen der Staatlichkeit im Krieg auf und neue Grenzen werden gezogen. Der vermeintliche Aufbruch des „Arabischen Frühlings“ erwies sich als trügerisch. Heute sind es religiöse Extremisten wie ISIS im Irak und Syrien, neu-alte autoritäre Herrscher wie Assad oder neue starke Männer wie Sisi in Ägypten, die zutiefst gespaltene Staaten regieren. In Syrien und im Irak steht die bloße Souveränität des Staates in Frage. Die Vision vom Fortbestehen der beiden Staaten in ihrer derzeitigen Form muss man hier wohl endgültig begraben. In Ägypten gibt sich der Staat noch stark, doch das Misstrauen vieler in die neue Führung ist groß und Konflikte werden in der Zukunft vermutlich kaum zu vermeiden sein.

In Tagen, in denen wir Zeugen von neuerlichen Eskalation im Gazastreifen oder im Nahen Osten waren und sind, werden wir noch einmal daran erinnert, wie aus zwei sich radikal widersprechenden Rationalitäten – jede Seite in voller Überzeugung der Richtigkeit des eigenen

Handelns – irrationale Gewalt entsteht, unter den Tränen der meist zivilen Opfer auf beiden Seiten.

Es gibt auch jene Beispiele, in denen gerade die Interventionen der „alten Demokratien“ im Namen eben dieser Herrschaftsform zu konträren und undemokratischen Verhältnissen führen. Die Versuche, Demokratie mit nicht-demokratischen Mitteln einzuführen, der Interventionismus der Jetzt-Zeit, können sich in den letzten beiden Jahrzehnten keiner großen Erfolge rühmen. In Afghanistan, wo die von den USA angeführte westliche Allianz nach dem 11. September den sogenannten „Krieg gegen den Terror“ begonnen hat und sich heute zurückzieht, hinterlassen die Intervenierenden ein geteiltes und zerrissenes Land. Den Irak, so wie wir ihn kennen, gibt es heute nicht mehr. In Libyen bestimmt das Gegeneinander der um Macht ringenden Stämme und politischen Gruppierungen die Lage, während die Bevölkerung seit dem Aufbruch in die neue Zeit nach Gaddafi zum Leiden verurteilt ist.

Letztlich beweist auch die Ukraine des Jahres 2014, dass das Teilen als politische Strategie en vogue ist. Das gewaltsame Entreißen der Krim aus dem ukrainischen Staat durch Russland ist ein Gewaltakt sondergleichen. Es ist zugleich ein Akt eines neuen kompetitiven Autoritarismus, der sich mitten in der kapitalistischen Weltwirtschaft eingerichtet hat und aus ihrem Herzen die Demokratie herausfordert. Leon Wieseltier, Herausgeber der traditionsreichen liberalen US-Zeitschrift "New Republic", war unlängst anlässlich einer Konferenz europäischer Intellektuellen in Kiew sehr direkt und unmissverständlich. "Die Ukraine steht an vorderster Front des weltweiten Kampfes für Demokratie und Pluralismus. Dies ist einer jener Konflikte, in dem man, bei aller Komplexität, nicht auf beiden Seiten stehen kann." Für Wieseltier ist die Aggression Putins auch ein Versuch, mittels propagandistischer Manipulation der historischen Narrative das freie Denken zu okkupieren.

Die Rückkehr der Angst

Mit der Aggression in der Ukraine ist auch die Angst in die politische Arena der Demokratie eingekehrt. Die Angst, dass man nicht nur punktuell das freie Denken okkupieren, sondern immer mehr mit autoritärem Gedankengut den Wertekanon der offenen Gesellschaften bedrohen kann. So nahe wie Putin in der Ukraine wagte sich in den letzten beiden Jahrzehnten keiner an die europäische Festung der relativen Wohlstandsdemokratien der EU. Eine neue Angst geht um in Europa.

Dominique Moisi hat in seinem Buch über Politik der Emotionen daran erinnert, dass die Arena des Politischen im Kern eine Arena der Emotionen ist. Neben positiven Emotionen der Freude, des Glücks oder der Liebe ist es auf der Kehrseite vor allem die Angst, die Menschen bewegt. In Prozessen des staatlichen Teilens, in beiden eingangs diskutierten Lesearten, spielt die Beziehung der Bürger zur Angst bzw. der Umgang mit der Angst eine wichtige Rolle.

Die Vorstellung vom Staat ist zwar generell eine weitgehend diffuse. Die Bürger in ihrem Alltag haben aber zugleich eine klare Vorstellung davon, was ein guter Staat für sie leisten soll. Er soll gerecht sein, soll für die Einhaltung der Gesetze und für Ordnung sorgen, individuellen Freiheiten aber nicht einschränken. Und er soll vor allem – in Zeiten der ökonomischen und sozialen Krisen mehr denn je – für eine gerechte Verteilung der öffentlichen Güter und damit für soziale Sicherheit sorgen.

Wenn diese knapp werden oder einfach – wie in vielen Transitionsstaaten – nicht in ausreichendem Ausmaß für die Allgemeinheit zur Verfügung stehen, beginnen die realen Kämpfe. Das ist auch jener Moment, in dem durch das Ausgraben historischer Narrative und fiktive Bedrohungen durch „die Anderen“ Angst und Nationalismen geschürt und jene zerstörerischen Energien freigesetzt werden, die das kurze 20. Jahrhundert geprägt haben. Und das ist schließlich jener Moment, in dem das Zerstückeln des Staates als logische Folge der freigesetzten nationalistischen Energien betrachtet werden kann. Ein radikaler – autoritärer – Nationalismus muss immer an der Eskalationsschraube drehen, bis zu jenem Moment, an dem ein eigenes Territorium für die eigene (ethnische) Gruppe verlangt wird. Danach folgt unweigerlich Gewalt.

Den Staat und seinen Widerspruch (über)leben

Für viele der oben beschriebenen Prozesse halte ich mein Heimatland für paradigmatisch. Schauen wir uns also kurz das Beispiel Bosnien-Herzegowina an. Bosnien und Herzegowina scheint ein Paradebeispiel für die schon seit fast 20 Jahren anhaltende und bis heute ungebrochene Aktualität und Virulenz der Ethnopolitik zu sein – einer autoritären Form der Politik, die das Teilen zur inneren Logik des Systems erhoben hat. Bereits zu Beginn der 1990er Jahre, am Beginn der vermeintlich demokratischen Ära, wurde der Ethnonationalismus zum ultimativen Mittel zur Generierung und Verfestigung von Macht. Ethnisch begriffene Nation und Ethnopolitik als Macht- und Herrschaftstechnik zur Stabilisierung und Absicherung der eigenen Machtposition sind weiterhin der Dreh- und Angelpunkt der bosnischen Staatlichkeit. Das ist der

Kern des heutigen Problems in Bosnien und Herzegowina: Die drei exklusiven ethnonationalen Konzepte der Serben, Kroaten und Bosniaken schließen einander aus, die drei Völker sind aber gleichzeitig gezwungen, zumindest formal im Rahmen eines gemeinsamen und von der internationalen Gemeinschaft (mit)beaufsichtigtem Staat zu leben.

Dieses Ausschließlichkeitsprinzip wird von den politischen ethnonationalen Bewegungen erfolgreich benutzt und instrumentalisiert: Die Politisierung und Vertiefung der Unterschiede mit ethnonationalen Argumenten wird auch fast 20 Jahre nach Dayton auf allen Ebenen eingesetzt und fällt bei einer vielfach geschundenen und im Kampf um die Sicherung des alltäglichen Überlebens abgestumpften Bevölkerung immer noch auf fruchtbaren Boden. Das Ethnonationale wurde schrittweise auch habitualisiert, diese Schemata wurden und werden wiederum von den sozialen und politischen Strukturen als einzig richtige und gesellschaftlich (aber auch formal-rechtlich) akzeptierte Denk- und Handlungsform nahezu vorausgesetzt.

Bis heute ist es nicht gelungen, die Macht des Ethnonationalismus und der Ethnopolitik in Bosnien zurückzudrängen. Daran ändert auch das in Aussicht stellen einer stärkeren europäischen Integration wenig, eine vernunftbasierte demokratische Politik lässt sich nicht erzwingen. Abgesehen davon, dass den meisten geteilten Staatswesen außerhalb Europas sowie vielen krisenhaften Staaten in Europa wie der Ukraine oder Moldawien diese Option gar nicht zur Verfügung steht. (Zer)teilen statt demokratischer Teilhabe, das ist die bosnische Gegenwart. So ist Bosnien auch nahezu 20 Jahre nach dem Ende des Krieges ein gespaltenes und – wie es die permanent wiederkehrenden Krisen beweisen – ein instabiles Land, dessen staatliche Zukunft ungewiss ist. Es gibt keinen Konsens über die Form und den Inhalt der bosnischen Staatlichkeit. Der Staat funktioniert schlecht, die Verwaltung ist träge, gegenseitige Blockaden der einzelnen bosnischen Völker stehen der Durchführung notwendiger Reformen zur Stärkung des Staates und dem Prozess der europäischen Integration entgegen. Die schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen – die dunkle Ziffer der Arbeitslosen liegt bei nahezu 50%, mehr als eine Million Menschen in Bosnien leben in Armut oder sind von dieser bedroht – verstärken die ohnehin weit verbreiteten Ängste der bosnischen Völker voreinander.

Die Bilanz im Jahr 2014 summiert sich zu einer veritablen Krise der Demokratie, bevor diese überhaupt „the only game in town“ werden konnte. In Bosnien wurde das gesamte Feld des Politischen auf die Ethnopolitik reduziert, in der konstruktive Arrangements notwendig für die Prosperität eines Gemeinwesens konsequent verunmöglicht wurden und werden. Die Logik

dahinter ist klar: „Ich kann nur dann gewinnen, wenn der andere verliert.“ Die größten Verlierer sind aber die Menschen, die unter sehr niedrigem Lebensstandard und sozialer Unsicherheit leben und weder den Politikern noch den Institutionen des Staates vertrauen. In der Ukraine, in Syrien, im Irak oder vielen anderen geteilten und krisenhaften Gemeinwesen der Jetztzeit gilt dieselbe Logik und garantiert somit eine Fortsetzung der Politik der Angst. Der Wahnsinn triumphiert, die Apathie bei den Menschen bleibt. Da kehren archaische Vorstellung vom Staat und seiner Ordnung zurück. Da feiert das Autoritäre seine Wiederauferstehung inmitten der neubeginnenden Geschichte des Kampfes zwischen Demokratie und Autokratien. Das Ende der Geschichte ist vorbei, noch ehe es begonnen hat.

Für eine Neuerfindung des Demokratischen – Ein Kurzplädoyer

In Zeiten des globalen Widerstreits der beiden Lesearten des Staates braucht es einen starken Kern des Demokratischen. Es braucht ein erstrebenswertes Anderes für die Anderen, ein Leitmotiv gegen den Autoritarismus. Eine erschöpfte EU wird keinesfalls in der Lage sein, das gewünschte, erstrebenswerte Andere für die Anderen zu werden, meinte Habermas unlängst.

Im kürzlich erschienenen Kommentar der Anderen „Einzige Hoffnung auf Europas Zukunft“ in der Tageszeitung „Der Standard“ spricht sich Étienne Balibar gegen das Zerstörerische des technokratischen „business as usual“ und für eine „komplette Neuerrichtung“ Europas aus. Damit meint er auch ein neues Denken über das Teilen des Staates im Sinne der geteilten Verantwortung und einer auf Freiheit und Gleichheit basierten Teilhabe. Das emanzipatorisch-politische Projekt der Moderne, das heute in Europa am weitgehendsten realisiert zu sein scheint, kann nur durch eine neuerliche Repolitisierung Europas erreicht werden. Das politische Friedens- und Freiheitsprojekt einer größeren Union möge ein globales Exempel für die Möglichkeit einer demokratischen vernunftgeleiteten Gesellschaft statuieren. Wider das Autoritäre. Gegen die Gewalt im Teilen, für die Vernunft im Teilen.